

Die Verkirchlichung des Staates

Die **Trennung von Staat und Kirche** ist auch in den meisten europäischen Staaten nicht wirklich vollzogen. **Jedoch zeigt sich immer mehr, dass sich fast überall die Trennung von Volk und Kirche immer stärker vollzieht.** Wogegen die Kirchen auf ihrem eigentlichen Sektor wenig tun können. Wenn den Leuten der Jesus und dessen Vater und Mutter samt dem Hl. Geist immer unwichtiger werden, was sollen sie dagegen machen können? Seit vielen Jahren ist z.B. in der katholischen Kirche von einer "Neuevangelisierung" Europas die Rede, im protestantischen Bereich versuchen evangelikale Fundamentalisten aktive Anhänger zu gewinnen.



Beides bringt letztlich nichts. Die "Neuevangelisierung" wurde zum Beispiel im Mai 2010 in der Diözese Wien mittels einer "Missionswoche" ausprobiert, die 660 Pfarren dieser Diözese¹ sollten in dieser Woche öffentlich auftreten, auf die Menschen zu gehen, sie mit Kirchlichem konfrontieren, der einzelne Christ sollte mit den Nichtchristen und Nichtpraktizierenden sprechen und so weiter. Die nach der Missionswoche aufgetauchten Berichte darüber waren so wenige und so inhaltsleer, dass angenommen werden kann, die versuchte "Neuevangelisierung" war in die Hose gegangen. Eine andere Methode wenden die Evangelikalen an: sie verkünden einen sehr extremen Glauben, meist mit wörtlicher Bibelauslegung und verlangen von ihren Anhängern sehr viel. Was klarerweise nicht dazu führt, dass Glaubenslose und Glaubensferne plötzlich eifrige Christen werden, sondern dass eifrige Christen plötzlich evangelikal werden. Es ist somit nur ein interner Umverteilungsgewinn, aber keine Bekehrung von Nichtreligiösen.

Die pragmatischen Kräfte in der Kirche machen es weitaus schlauer. Sie setzen nicht auf Gott und die Missionierung, sie setzen sich auf den Geschäftsbereich der Sozialdienste, verlangen den vollen Kostenersatz dafür vom Staat und wollen den Kirchen damit auf Steuerzahlerkosten möglichst großen Einfluss in der Alltagsgesellschaft sichern.

Dazu ein konkretes Beispiel:

Deutscher Juristentag 2010 in Berlin. Dr. Wolfgang Picken, katholischer Priester und Dechant des Dekanates Bonn Bad Godesberg, forderte am 23. September 2010 in seiner Rede vor dem 68. Deutschen Juristentag in Berlin: **"Der Bürger muss sich den Staat zurück holen"**. Er nannte dies die **Vergesellschaftung des Staates**: "Nur wenn es gelingt, viele Funktionen des Staates wieder in die Selbstverantwortung des Bürgers zurückzuführen, wird der Zusammenbruch eines chronisch überforderten Staates zu verhindern sein. Jede gemeinnützig orientierte Gruppierung muss in die Lage versetzt werden, bisher staatliche Institutionen zu übernehmen, indem der Staat die Trägerkosten in vollem Umfang ausgleicht. So werden Bürger mobilisiert, sich in Solidargemeinschaften zusammenzuschließen und soziale Aufgaben eigenständig zu organisieren." Picken gibt an, mit der von ihm gegründeten BÜRGERSTIFTUNG RHEINVIERTEL habe er in fünf Jahren viele der dortigen Bürger mobilisiert, soziale Netzwerke entwickelt und zahlreiche Institutionen übernommen und gegründet.

Werfen wir dazu einen Blick auf die Homepage dieser Bürgerstiftung, unter Projekte steht dort zu lesen: "Die Bürgerstiftung Rheinviertel ist Träger von drei Kindergärten und fördert in sechs Kindergärten neue pädagogische Schwerpunkte. In drei Kindergärten wird die Betreuung von Unterdreijährigen angeboten, außerdem gibt es Ganztagesplätze, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Sie beschäftigt einen Jugendreferenten als Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche und unterstützt die Betreuung eines Jugendtreffpunkts. Auch die Gründung von vier Klöstern, zwei davon mit indischen Schwestern geht auf eine Initiative der Stiftung zurück. Mit Hilfe der Ordensfrauen unterhält sie als bundesweites Pilotprojekt zwei "Integrierte Hospize" in den kirchlichen Altenheimen des Viertels. Eine speziell ausgebildete Ordensschwester betreut den "Ambulanten Hospizdienst" im Rheinviertel."

Es geht also keineswegs um eine "Mobilisierung von Bürgern", sondern um die Einrichtung kircheneigener Betriebe! Diese Kirchenbetriebe sollen ausgebaut und zur Gänze staatlich finanziert werden.

Besonders angetan hat es Pfarrer Picken das Schulwesen, er führt das Beispiel Schweden an, wo der Staat unabhängig vom Träger jede Schule zu 100% finanziert. Mit seinem Vorschlag der "Vergesellschaftung" meint er vor allem für diesen Bereich die "Verkirchlichung". Weil es würden in einem solchen Fall ja nicht irgendwelche Freidenker-, Atheisten- oder Humanistenvereine plötzlich flächendeckend Schulen errichten, weil diese dazu kaum

¹ zur Erzdiözese Wien gehören nicht nur die Wiener Pfarren, sondern auch Teile der niederösterreichischen

die Strukturen hätten, aber die Kirche sitzt in jedem Dorf und hätte organisatorisch damit keine unüberwindbare Probleme. Die Nachfrage nach Privatschulen ist mit steigender Tendenz vorhanden. Weil die Nichtbewältigung der Probleme der Migration wirkt sich speziell im Schulbereich aus. Während etwa eine legale Einwanderung in die USA, nach Kanada oder Australien ohne Sprachkenntnisse oder berufliche Qualifikation praktisch unmöglich ist, hat man in Europa erst in der letzten Zeit versucht, über Einwanderungsregeln nachzudenken. In vielen Ländern weichen die gehobenen Schichten auf Privatschulen aus, was die Unterrichtsbedingungen in den öffentlichen Schulen weiter verschärft: zu viele Kinder mit Sprachproblemen erfordern im Unterricht Anstrengungen, die es in den Privatschulen überhaupt nicht gibt, weil dort sucht man sich die SchülerInnen aus und hält sich maximal an Alibi-Gründen Migrantenkinder ohne Sprachprobleme und aus Elternhäusern mit Bildungswillen.

Pfarrer Picken verlangt mittels Vergesellschaftungsagenturen überprüfen zu lassen, ob staatliche Institutionen im Bildungs- und Sozialwesen "vom Bürger selbst getragen" werden könnten. Ausgewählte Institutionen sollten dann öffentlich zur "Vergesellschaftung" ausgeschrieben werden. In den kommunistischen Ländern verstand man unter



"Vergesellschaftung" die Verstaatlichung von Betrieben und ihre Steuerung mittels Planwirtschaft, in der DDR hießen solche Betriebe VEB, "Volkseigener Betrieb". Dem Volk so direkt gehörten diese Betriebe dennoch nicht, sie unterstanden der Staatsbürokratie, die Investition, Produktion, Lohn, Preis usw. festlegte. Wieviele "Hammer und Sichel" es gab, bestimmten nicht die Werkstätigen im VEB

HAMMER & SICHEL, sondern das staatliche Planungskomitee.

Eine Vergesellschaftung von Bildungs- und Sozialeinrichtungen wie sie Pfarrer Picken vorschlägt, würde weitgehend die **Privatisierung solcher Einrichtungen in die Kirchenhände** bedeuten. **Wieviel "Jesus & Maria" es in solchen Institutionen zu geben hätte, bestimmten nicht Volk und nicht Nutzer, sondern**



die Kirchen auch dann, wenn die Nutzer gar keinen Bedarf für "Jesus & Maria" äußerten. Denn es ist das größte Problem der Kirchen, dass die innerfamiliäre christliche Erziehung weitgehend zusammengebrochen ist, die kleinen Kinder hören in der Zeit, wo sie noch das

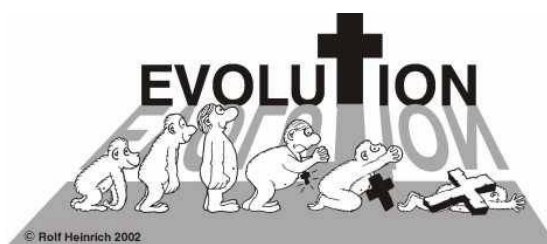


Urvertrauen zu ihren Eltern oder sonstigen Einwirkern haben, nix vom Jesus. Die Kindergärten vermehrt den Kirchen auszuliefern, bedeutete daher, die Kinder der religiösen Konditionierung auszuliefern.

Wenn dann der weitere Bildungsweg auch über kirchliche Schulen läuft, dann könnte der verschwundene Glaube vielleicht wieder eine bessere Massenverankerung finden. Auch andere Einrichtungen wie Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime in kirchliche Hände zu geben, würde die reale Macht der Kirchen entscheidend steigern.

In vielen Gegenden wäre dann möglicherweise das ganze Menschenleben von kirchlichen Dienstleistungsbetrieben durchflochten und die Kirchen könnten sich ihrer "christlichen Nächstenliebe" rühmen, die sie letztlich rein gar nichts kostet. Das ist die wahre Absicht hinter den von diesem Pfarrer Picken geäußerten Vorschlägen. **Kein Jesuszwang, aber ein religiöser Kindergarten-, Schul-, Krankenhaus-, Pflegeheimzwang.**

Säkular gesinnte Menschen sind daher aufgerufen, solchen Entwicklungen scharf entgegenzutreten. Staatliche und öffentliche Aufgaben können nicht so ausgelagert werden, dass sie von religiösen Verbänden (noch dazu ohne eigenes Kostenrisiko) privatisiert werden können. Dieses Verlangen nach dem Ausbau kirchlicher Firmenimperien auf öffentliche Kosten dann auch noch "Vergesellschaftung" zu nennen, ist so eine ungeheure heuchlerische Frechheit, dass einem dazu die Worte fehlen. Und mir fehlen die Worte eigentlich selten.



Erwin Peterseil